

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Handlungsfeld - Zugang zu Bildung

Anlage 2

Institutionen	Maßnahmen Bildung	Anmerkung der Stadtverwaltung
Ausländerrat/Migrationsrat	Um eine erfolgreiche kulturell differenzierte Elternarbeit mit Migrantenkinder zu gewährleisten, ist ein gesondertes Programm für Kinder ab dem Krippenalter aufzulegen. Zuvor ist das Bildungsniveau der Eltern und die Kenntnis der Eltern von den Erwartungen der deutschen Gesellschaft sowie die Motivation der Eltern, diese Erwartungen zu erfüllen, zu ermitteln.	Teilweise bestehen an den Schulen spezielle Angebote für Elternkreise. Dies ist jedoch von Schulleitungen und Lehrern abhängig. Zudem gehen wir davon aus, dass hier auch im Rahmen der Schulsozialarbeit Aktivitäten erfolgen. Zusätzlich wird ein gezieltes Sprachförderprogramm „Deutsch für den Schulstart“ mit Kleingruppen in Kooperation mit dem Seminar für Deutsch als Fremdsprachenphilologie der Universität für Kinder mit Sprachdefiziten eingesetzt.
Ausländerrat/Migrationsrat	Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungserfolges von Jungen.	Die Erfahrung bestätigt: nicht nur für Mädchen, sondern auch für Jungen sollten spezifische Angebote vorgehalten werden. Die Schulsozialarbeit, die an allen Haupt- und Förderschulen bereits erfolgreich tätig ist und zukünftig auch die Grundschulen mit versorgen wird, kann je nach Bedarf geschlechterspezifische Angebote anbieten. Spezielle Angebote im Schulbildungsbereich können gemeinsam mit den Schulen erarbeitet werden.
Ausländerrat/Migrationsrat	Zur Verbesserung des Schulerfolges von Migrantenkinder: <ul style="list-style-type: none"> • Bessere Ausbildung der Lehrer, • Abbau der Ghettosituation bestimmter Stadtteile, • ausreichende Deutsch-Förderung und • kleinere Klassen 	Dies sind Dinge, die überwiegend nur auf Landesebene geklärt werden können, insofern kein kommunales Handlungsfeld.
BiBez-Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter / chronisch erkrankter Frauen und Mädchen e.V.	Weiterhin Förderung der Integration von behinderten Kindern in allen Schulen	In Heidelberg besteht seit vielen Jahren eine intensive Kooperation der Graf-von-Galen-Schule mit Grund-, Haupt- und einer Realschule über eine gemeinsame Beschulung in Kooperationsklassen. Sofern in den Schulen die Voraussetzungen vorhanden sind werden

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Bildung	Anmerkung der Stadtverwaltung
		dort auch körperbehinderte Kinder aufgenommen.
Evangelische Kirche und Diakonisches Werk Heidelberg	<p>Neben dem geplanten Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Möglichst frühzeitige Entdeckung von Armut und die Beratung und Unterstützung des gesamten Familienverbundes, um den damit einhergehenden Benachteiligungen entgegen zu wirken 2. Ausbau niederschwelliger und wohnbereichsnaher Unterstützungsnetze für Familien, z.B. durch „Andocken“ von Beratungskompetenzen in allen Kindertageseinrichtungen (in HD bereits im Aufbau) <p>Festlegung, dass die untere Einkommensgruppe der Eltern generell kein Essen zahlt (anstatt Antrag stellen zu müssen)</p>	Ein solches niederschwelliges Elternberatungsangebot an allen Kindertagesstätten in Heidelberg durch die mit der Stadt kooperierenden Erziehungsberatungs- und Sozialberatungsstellen sowie den Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen wurde am 15.04.2008 im Jugendhilfeausschuss beschlossen.
Evangelische Kapellengemeinde	Erhöhte Aufmerksamkeit von Lehrerinnen und Lehrern gegenüber Kindern, deren Familien arm sind, in Bezug auf deren Möglichkeiten, Schultensilien und Klassenfahrten zu bezahlen. Schülerinnen und Schüler, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind, sollten finanziell unterstützt werden.	Mehrtägige Klassenfahrten können als einmalige Leistungen im Rahmen des SGB II bzw. SGB XII übernommen werden.
Heidelberger Selbsthilfebüro	Gewährung eines erhöhten Kontingents an Freikarten an die mitorganisierenden Selbsthilfegruppen beim Filmfestival „Irrsinnig menschlich“	
Heidelberger Caritas-Resolution 2004	An die Verantwortlichen in Schule und Gesellschaft appellieren, verstärkt auf die Integration und Förderung sozial schwacher Schülerinnen und Schüler zu achten. Hierzu gehört auch deren sprachliche Förderung.	Dies wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auch sehr intensiv durch Schulen betrieben.
SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste in Heidelberg	Im Bereich der Prävention gibt es durchaus noch realisierbare Ansätze. Aus unserem Arbeitsgebiet „Streetwork“ haben wir die Erfahrung gewonnen, dass viele Personen, die in eine soziale Notlage geraten, erst dann eine Beratungsstelle aufsuchen, wenn es sich nicht mehr vermeiden lässt. In der Regel sind die Probleme dann oft so groß, dass nur noch eine Vermeidung von Schlimmerem möglich ist. Aktives Zugehen auf potenzielle Klienten mit dem Hintergrund eines Gemeinwesen	Das Amt für Soziales und Senioren hat einen Workshop Wohnungslosenhilfe initiiert, um die vorhandenen Strukturen weiter zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wurden Arbeitsgruppen gebildet, die sich u.a. den vom SKM benannten Themen widmen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden gebündelt und mit Vorschlägen der Verwaltung in

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Bildung	Anmerkung der Stadtverwaltung
	orientierten Ansatzes könnte hier für eine Entspannung sorgen. Darüber hinaus wären niederschwellige Beratungsangebote vorstellbar. Eine bessere Aufklärung der Betroffenen wäre ebenso hilfreich.	den Gemeinderat zur Entscheidung eingebracht.
Verbund für Beschäftigung e.V./ Jugendagentur e.V.	Im Ausbildungsbereich muss viel aktiver um Stellen geworben werden, auch für einfache Ausbildungen. Daneben müssen Fördermodelle aber auch andere Möglichkeiten der Ausbildung (überbetrieblich, modular etc.) stärker in den Fokus.	Es gibt die Einrichtung des Jugendberufshelfers. Darüber hinaus hat die Stadt Heidelberg ein Programm zur aktiven Unterstützung des Ausbildungsmarktes im Bereich der Wirtschaftsförderung entwickelt.
Verbund für Beschäftigung e.V./ Jugendagentur e.V.	Die Förderung der Ausbildungsreife von Schülern muss durch neue, praxisorientierte und frühzeitige Berufsförderung in Haupt- und Förderschulen erfolgen und zwar innerhalb und außerhalb der Schule. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass ein gesellschaftliches Netzwerk von Schulen - Lehrkräften - Unternehmen - außerschulischen Trägern - Politik usw. ein stimmiges Gesamtkonzept Jugendberufshilfe in Heidelberg entwickelt und auch umsetzt. Parallel dazu müssen sich Unternehmen für Hauptschüler öffnen, auch für leistungsschwache Jugendliche, damit tatsächlich auch diese Gruppe eine echte Chance auf einen Ausbildungsplatz hat.	Haupt- und Förderschulen haben bereits derartige Konzepte und arbeiten direkt mit Ausbildungsbetrieben in den Stadtteilen zusammen. Weiter gibt es ein <ul style="list-style-type: none"> ▪ "Kooperatives Übergangsmanagement Schule – Beruf (KÜM)" in enger Abstimmung mit zahlreichen Akteuren der Metropolregion Rhein-Neckar unter Beteiligung der Geschwister-Scholl- und Heiligenbergschule; ▪ Einrichtung einer Kooperationsklasse Heidelberger Hauptschulen/Berufsvorbereitungsjahr zwischen der Albert-Schweitzer-Schule und der Johannes-Gutenberg-Schule für die Schuljahre 2006/07 und 2007/08 als Schulversuch nach § 22 i.V.m. § 30 Schulgesetz; ▪ Ausbildungskooperationen einer Förderschule mit Ausbildungsbetrieben und eine Berufsbegleitung über den Schulbesuch hinaus. <p>Es gibt also bereits vielfältige Aktivitäten.</p>

Handlungsfeld - Zugang zum Wohnungsmarkt

Institutionen	Maßnahmen Wohnungsmarkt	Anmerkung der Stadtverwaltung
BiBez- Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter / chronisch erkrankter Frauen und Mädchen e.V.	Schaffung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum im gesamten Stadtgebiet	Ist Gegenstand des Wohnungsentwicklungsprogramms
Evangelische Kirche und Diakonisches Werk Heidelberg	Einrichtung eines vergünstigten „Sozialtarifs“ für Menschen mit geringem Einkommen bei den Heiz- und Stromnebenkosten neben dem von den Stadtwerken eingerichteten Nothilfefonds.	Die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Regelsätze muss gesetzlich geregelt werden. Die Kommunen können dies nicht auffangen – ansonsten führt dies zu unterschiedlichen Leistungen an Transferleistungsempfänger im Lande.
Evangelische Kapellengemeinde	Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus durch die Kommune	Besser sollte es heißen: „Schaffung preisgünstigen Wohnraums“ – <u>den</u> sozialen Wohnungsbau gibt es nicht mehr.
Heidelberger Caritas-Resolution 2004	An private, kommunale und kirchliche Wohnungseigentümer appellieren, die Mieten sozial verträglich zu gestalten und sozial benachteiligte Personen und Familien bei der Wohnungsvergabe stärker zu berücksichtigen.	Die GGH bekennt sich mit der Strategie 2015, die Wohnungen mit einem Mietpreis unter 5,50 Euro zur Verfügung stellt, ausdrücklich zu ihrer sozialen Verantwortung.
Caritas –Resolution 2004	An die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Verantwortlichen in der Kommune und an die Wohnungseigentümer appellieren, das generationsübergreifende Wohnen zu fördern“.	Seit 2007 im Wohnungsentwicklungsprogramm aufgenommen.
Liga der Freien Wohlfahrtspflege Heidelberg	Überprüfung der Instrumente und der Ausrichtung des städtischen Wohnungsbaus	Wird innerhalb des Wohnungsentwicklungsprogramms regelmäßig gemacht
SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste Heidelberg	Wichtigste Maßnahme ist die Schaffung von Wohnraum für ALG II - Empfänger. Ein möglicher Ansatz, dem Personenkreis der alleinstehenden Wohnungslosen den Zugang zum Wohnungsmarkt zu vereinfachen, wäre die Übernahme der Maklerprovision, statt diese nur in Form von Darlehen zu gewähren. Die Schaffung von Sozialwohnungen durch die Stadt und eine städtische Wohnungsbörse für ALG II-Empfänger könnten hier weiterhelfen.	Die Übernahme der Maklerprovision als Beihilfe erforderte eine Gesetzesänderung. Es gibt bereits das gemeinsame Mietinteressentenbüro der GGH und der Fachstelle für Wohnungsnotfälle.
SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste Heidelberg	Der Zugang zum Betreuten Wohnen beim Verein „Obdach e.V.“ sollte unabhängig von der Dauer des gewöhnlichen Auf-	Für Personen mit Bezug zu bzw. Lebensmittelpunkt in Heidelberg sind schon heute Aus-

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Wohnungsmarkt	Anmerkung der Stadtverwaltung
	enthalt in Heidelberg möglich sein. Wartezeiten bis zu sechs Monaten nimmt den Hilfebedürftigen häufig die vorhandene Motivation und sorgt für eine Verschlimmerung der Lebenssituation.	nahmeregungen möglich.
SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste Heidelberg	Bei alleinstehenden Wohnungslosen, die häufig schon viele Jahre auf der Straße leben, wäre es denkbar, mit niederschweligen Wohnangeboten für eine gewisse Entspannung zu sorgen. Ergänzend könnte eine ganzjährige, unbürokratische Notübernachtung eine schrittweise Gewöhnung an Wohnraum bewirken und die „Sesshaftmachung“ einleiten. Nach einer „Probephase“ wäre eine Unterbringung über das Amt für Wohnungsnotfälle möglich, wie dies bereits im Winter 2006/07 praktiziert wurde. Dabei ist es auch erstrebenswert, die Dauer der tageweise Auszahlung des ALG II zu verlängern. Bisher werden nämlich lediglich drei Tagessätze im Zeitraum von vier bis sechs Wochen ausgezahlt.	Das Amt für Soziales und Senioren hat einen Workshop Wohnungslosenhilfe initiiert, um die vorhandenen Strukturen weiter zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wurden Arbeitsgruppen gebildet, die sich u.a. den vom SKM benannten Themen widmen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollen bis zum 30. Juni 2008 vorliegen, werden gebündelt und mit Vorschlägen der Verwaltung in den Gemeinderat zur Entscheidung eingebracht.
SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste Heidelberg	Für Jugendliche und junge Erwachsene sind spezielle Angebote notwendig, die nichts mit der klassischen Wohnungslosenhilfe zu tun haben. Ergänzend ließen sich spezielle Beratungsstellen schaffen. Durch aufsuchende Sozialarbeit würden negative Entwicklungen frühzeitig erkannt und bearbeitet werden.	siehe oben
GAL-Grüne Antrag im SoA am 09.10.07	„Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine verständliche Broschüre mit Informationen über Wohngeld herauszugeben. Diese sollte in den Bürgerämtern ausliegen und auch in übersetzter Form (z.B. türkisch, arabisch, russisch ...) vorliegen“	Die Verwaltung wird sich darum kümmern, ob bzw. in welchen Sprachen es Wohngeldbroschüren bereits gibt. Darüber hinaus wird die Verwaltung eine Kalkulation aufstellen, welche Kosten ggf. für entsprechende Übersetzungen entstehen würden und welche anderen Broschüren evtl. noch als Service für ausländische Menschen übersetzt werden können. (SoA 9.10.07) Das Auslegen einer Wohngeldbroschüre ist sinnvoll. Allerdings erst nach Inkrafttreten des neuen Wohngeldrechts Anfang 2009.

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Handlungsfeld - Zugang zum Arbeitsmarkt

Institutionen	Maßnahmen Arbeitsmarkt	Anmerkung der Stadtverwaltung
Ausländerrat / Migrationsrat	Maßnahmen, die es auch körperlich oder geistig weniger Leistungsfähigen erlaubt, ohne anerkannten Abschluss ein Leben in Würde zu führen.	Es gibt hierzu bereits eine Fülle von Maßnahmen mit dem Ziel Menschen mit Behinderungen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Die Aussage ist unpräzise. Formulierung zu allgemein
BiBez- Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter / chronisch erkrankter Frauen und Mädchen e.V.	Öffentliche Würdigung von Arbeitgebern durch die Stadt Heidelberg, wenn sie Arbeitsplätze behindertengerecht ausrichten und Einfacharbeitsplätze anbieten	gute Idee, könnte man in ähnlicher Weise organisieren wie die Bekanntmachung hervorragender Weiterbildungsangebote aus der Broschüre „Frauen und Beruf“. Es sollte geprüft werden, wo dieses Thema am sinnvollsten angesiedelt ist.
BiBez	Schaffung und Förderung wohnortnaher Teilzeitausbildungen für Menschen mit Behinderung	Das Reha-Team der Agentur für Arbeit bietet hier Hilfen an
Evangelische Kirche und Diakonisches Werk Heidelberg	Übergangslösungen und Möglichkeiten zu Vorschussleistungen, wenn ein/e SGB II-Empfänger/in einen Minijob, einen 400 € Job oder eine gering entlohnte Tätigkeit annimmt.	Dies bedarf einer gesetzlichen Regelung.
Evangelische Kirche und Diakonisches Werk Heidelberg	Möglichkeiten und Grenzen des zweiten, von der öffentlichen Hand geförderten, Arbeitsmarktes intensiv ausloten, um Menschen nicht dauerhaft auszugrenzen.	Im Rahmen der Mehraufwandsentschädigung stellt die Stadt Einsatzplätze für sogenannte 1-€-Jobber zur Verfügung. Im Bereich des Programms Aktive Beschäftigungspolitik vergibt die Stadt seit 1995 Aufträge an soziale Beschäftigungsbetriebe.
Evangelische Kapellengemeinde	Respektvolles Verhalten und Verständnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern armen Menschen gegenüber	Anlässlich einer Kundenbefragung im Frühjahr 2007 erklärten 90,1 % der Befragten, dass sie mit der Freundlichkeit der Mitarbeiterinnen im Amt für Soziales und Senioren zufrieden oder sehr zufrieden seien. Bei der Hilfsbereitschaft betrug der Anteil immerhin noch 78,3 %. Der Anteil der Unzufriedenen lag bei 2 bzw. 1 %.
OBDACH e.V.	Beschäftigungsangebote im Anschluss an einen Zusatzjob anbieten. Wie?	Die Bundesagentur für Arbeit fördert ab 1.4.2008 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einem beson-

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Arbeitsmarkt	Anmerkung der Stadtverwaltung
	<p>Zum Beispiel durch „einfachere“ Dienstleistungen wie Entrümpelungen, Reinigung, kleinen Ausbesserungs- und Wartungsarbeiten usw. (z.B. bei Wohnungsunternehmen), die nur begrenzt durch etablierte Betriebe und zu angemessenen Preisen angeboten werden können. Weitere mögliche Tätigkeitsfelder wären z. B. Gartenarbeiten, Gehwegreinigung, Botendienste, Hilfen bei Umzügen usw. Statt Maschinen sollte hierfür verstärkt verfügbare menschliche Arbeitskraft eingesetzt werden.</p> <p>Um Langzeitarbeitslosen mit niedrigem Ausbildungsstandard oder guter Qualifikation aber niedriger Produktivität Beschäftigung anzubieten, sollte kurzfristig Folgendes angestrebt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Verlängerung der Dauer von Zusatzjobs auf zwei Jahre ○ Ergänzung der Zusatzjobs mit attraktiven, marktorientierten Weiterbildungsangeboten ○ Erweiterung von Angeboten für Freizeitbeschäftigung (musizieren/singen, malen, spielen, vorlesen, kochen, Theater spielen etc.) <p>Diese Angebote müssen speziell auf die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten ausgerichtet sein. Sie müssen möglicherweise neu entwickelt werden</p>	<p>ders hohen Zuschuss, wenn dadurch Personen mit mehreren Vermittlungseinschränkungen einen neuen Arbeitsplatz erhalten, z.B. Langzeitarbeitslose (§ 16 a SGB II). Für diese Leistungen gibt es in Heidelberg etliche Dienste.</p> <p>Im Anschluss an sogenannte 1-€-Jobs ist bereits heute eine befristete, nach SGB II geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung möglich. Die durchführenden Maßnahmeträger bieten in der Regel auch Qualifizierung an.</p>
OBDACH e.V.	<p>Im Workshop „Wohnungslosenhilfe – Bedarfsorientierte Weiterentwicklung in Heidelberg wurde die Idee entwickelt ein „Zentrum für Beschäftigung, Qualifizierung, Freizeit und Kultur“ aufzubauen, in dem alle diese Aktivitäten für benachteiligte Gruppen gebündelt werden, um einen geschützten Raum anzubieten, der motiviert und befreit und in dem sich Benachteiligte trauen, sich zu entfalten.</p>	<p>Die im Rahmen des workshops entwickelte Idee soll durch die dort entstandene Arbeitsgruppe unter Federführung von Obdach e.V. vertieft werden. Als Zeitziel hat sich die Gruppe das II. Quartal 2008 gesetzt. Aus Sicht der Stadtverwaltung wäre es schon ein großer Erfolg, wenn die formulierten Ziele zunächst für die unmittelbar durch Obdach e.V. betreuten Personen erreicht werden können.</p>

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Arbeitsmarkt	Anmerkung der Stadtverwaltung
SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste in Heidelberg	Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollte überprüft werden, ob auf Unterhaltsforderungen gegenüber den Eltern nicht verzichtet werden kann. Viele Hilfesuchenden verzichten auf Unterstützung, um die Einschaltung der Familie zu verhindern.	Für Jugendhilfemaßnahmen sind die Eltern nach SGB VIII grundsätzlich zum Kostenbeitrag heranzuziehen. Im Einzelfall kann davon abgesehen werden, sofern dadurch Ziel und Zweck der Maßnahme gefährdet sind. Für Sozialhilfemaßnahmen nach § 67 SGB XII sieht der Gesetzgeber keine Unterhaltsverpflichtung der Eltern vor.
SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste in Heidelberg	Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen: Viele Hilfeempfänger werden sechs bzw. neun Monate im Rahmen eines 1,50-Euro-Jobs beschäftigt, ohne dass sich ihnen eine Perspektive für eine Weiterbeschäftigung eröffnet. Lohnkostenzuschüsse würden hier neue Chancen eröffnen und den betroffenen Personen die Gelegenheit bieten, unabhängig von ALG II-Leistungen zu werden.	Die Bundesagentur für Arbeit fördert ab 1.4.2008 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einem besonders hohen Zuschuss, wenn dadurch Personen mit mehreren Vermittlungseinschränkungen einen neuen Arbeitsplatz erhalten, z.B. Langzeitarbeitslose (§ 16 a SGB II). Die Stadt ermöglicht im Anschluss an eine Mehraufwandsbeschäftigung eine befristete sozialversicherungspflichtige Weiterbeschäftigung im Rahmen der Entgeltvariante.
Verbund für Beschäftigung e.V./ Jugendagentur e.V.	Die Regelsätze sind für die Bezieher von SGB II-Leistungen einfach viel zu niedrig. Ebenso haben die Löhne im Bereich der Einfacharbeitsplätze ein Niveau erreicht, welches nicht mehr ausreicht, um der Armut durch Arbeit zu entkommen. Diese politischen und gesellschaftlichen Fragen sind von der Stadt nur indirekt zu beeinflussen, obwohl sie eine wichtige steuernde Funktion in der Daseinsfürsorge für alle Bürger dieser Stadt hat. Sie hat aber über ihre Gesellschafterfunktion in der Arbeitsgemeinschaft nach SGB II eine Mitwirkungsmöglichkeit in der Praxis der Ausgestaltung der Leistung und kann sich hier um eine gute und liberale Handhabung bemühen.	Die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Regelsätze muss gesetzlich geregelt werden. Die Kommunen können dies nicht auffangen – ansonsten führt dies zu unterschiedlichen Leistungen an Transferleistungsempfänger im Lande.
Verbund für Beschäftigung e.V./ Jugendagentur e.V.	Die Stadt soll sich vor dem Hintergrund der im Bericht aufgezeigten Problemlagen aktiv um das Thema Beschäftigung kümmern und gemeinsam mit Trägern, Betrieben und Institutionen eine Gesamtstrategie entwickeln. Über die Nutzung von Beschäftigungsprogrammen und Zuschüssen aller Ebenen	Mit der Schaffung eines Dezernats für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste hat die Stadt bereits gezeigt, dass ihr das Thema Langzeitarbeitslosigkeit wichtig ist und sie sich des Themas Beschäftigung auf

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Arbeitsmarkt	Anmerkung der Stadtverwaltung
	sowie die Mitplanung im Jobcenter gibt es viele bisher zu wenig genutzte Spielräume.	kommunaler Ebene annimmt. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten nimmt die Stadt in der Trägerversammlung des Jobcenters bereits Einfluss auf den Mitteleinsatz im Bereich des SGB II.
Verbund für Beschäftigung e.V./ Jugendagentur e.V.	Es müssen Anstrengungen darauf gerichtet sein, Arbeitsplätze in allen Bereichen zu schaffen, die für langzeitarbeitslose SGB II-Bezieher erreichbar sind. Das werden meist Einfacharbeitsplätze sein. Die Arbeitsplätze müssen wieder direkt in der Stadt entstehen, in Betrieben, die dabei unterstützt werden, aber auch in den Arbeitsbereichen der Sozialbetriebe. Ein wichtiges unterstützendes Instrument ist das „Programm Aktive Beschäftigungspolitik“, das endlich aktiv beworben und umgesetzt werden soll. Am wichtigsten ist die Schaffung ausreichend entlohnter, sozialversicherungspflichtiger Vollerwerbsarbeitsplätze. Für bestimmte Gruppen ist aber ergänzend der Ausbau zusätzlicher geringfügiger Arbeitsverhältnisse sinnvoll. Vor allem als finanzielles Zubrot für ALG II / Sozialgeld -Bezieher, die nicht oder noch nicht in der Lage sind, eine Beschäftigung aufzunehmen.	Die Vorgaben des Gemeinderates zum Stellenplan lassen wenig Spielraum, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Rahmen der 1-€-Jobs beteiligt sich die Stadt an der Schaffung von Qualifizierungsmöglichkeiten. Im Anschluss daran werden auch befristete Arbeitsplätze für nach SGB II geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zur Verfügung gestellt. Für Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen kann nach § 16a SGB II ein Beschäftigungszuschuss längerfristig auch bei Beschäftigung in Unternehmen des 1. Arbeitsmarktes gezahlt werden. Im Rahmen des Programms aktive Beschäftigungspolitik werden bereits seit 1995 jährlich Aufträge bis zu 2 Mio. € vergeben. Seit 2007 sind mit Zustimmung des Gemeinderates auch Ausschreibungen unter Berücksichtigung sozialer Kriterien möglich.
Verbund für Beschäftigung e.V./ Jugendagentur e.V.	Die Gruppen, in denen es besonders viele Beschäftigungslose und vielfach damit auch arme Menschen gibt, sind besonders in den Blick zu nehmen. Einige Migrantengruppen, Menschen mit Behinderung, Teile der Jugendlichen, ältere und geringqualifizierte Menschen, Alleinerziehende und Berufsrückkehrerinnen sind einige Beispielgruppen, für die besondere Integrationsaktivitäten entfaltet werden müssen. Auf der Basis der Zahlen und der Erfahrung der Träger sollen hierzu die vorhandenen Programme und das Wissen der Träger genutzt werden, um eine Gesamtstrategie für die Stadt zu entwickeln.	Mit der Schaffung eines Dezernats für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste hat die Stadt bereits gezeigt, dass ihr das Thema Langzeitarbeitslosigkeit wichtig ist und sie sich des Themas Beschäftigung auf kommunaler Ebene annimmt. So standen in diesem Bereich im Haushalt 2007/2008 erstmals Haushaltsmittel zur Verfügung. Diese wurden zunächst hauptsächlich zur Durchführung von Maßnahmen für benachteiligte

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Arbeitsmarkt	Anmerkung der Stadtverwaltung
		Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund eingesetzt. Darüber hinaus wurden in der Vergangenheit im Bereich Gleichstellung bereits Projekte zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit gefördert.

Handlungsfeld – Verbesserung der Teilhabechancen allgemein

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Teilhabechancen allgemein	Anmerkung der Stadtverwaltung
Ausländerrat / Migrationsrat	Maßnahmen, die es auch körperlich oder geistig weniger Leistungsfähigen erlaubt, ohne anerkannten Abschluss ein Leben in Würde zu führen.	Das Amt für Chancengleichheit kann sich hier als Beschwerde- und Vermittlungsstelle im Falle von Diskriminierungen einbringen.
Ausländerrat / Migrationsrat	Es soll ein Interkulturelles Zentrum entstehen, in dem vorrangig Angebote angesiedelt werden, die die Integration der Migranten/Migrantinnen in der Kommune in den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern, wie Bildung, Beschäftigung, Wohnungsmarkt, Gesundheit fördern. Hauptaufgaben des Zentrums sind: <ul style="list-style-type: none"> • Beratung/Qualifizierung/Bildung • Ermöglichen von Begegnungen und Veranstaltungen • Sitz der Ausländerrates/Migrationsrates • Bereithalten von Räumlichkeiten für Migranten-selbstorganisationen 	Das Bürgeramt hat Recherchen über Interkulturelle Zentren in anderen Städten durchgeführt, wobei deutlich wurde, dass viele Städte aus Kostengründen keine Interkulturellen Zentren anbieten, außer Stuttgart und Karlsruhe. Aus Vergleichbarkeitsgründen fand eine Ortsbegehung des Internationalen Begegnungszentrums Karlsruhe statt. Dem Ausländer- und Migrationsrat wird am 22.4.2008 Gelegenheit gegeben, dieses Zentrum zu besichtigen und am 24.4.2008 in der Sitzung über das Ergebnis zu beraten. Das Bürgeramt wird den Ausländer- und Migrationsrat bei der Konzeption unterstützen. Aber zunächst müssen grundsätzliche Entscheidungen über eine entsprechende Immobilie getroffen werden, bevor inhaltliche Ausrichtungen geplant werden.
BiBez- Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter / chronisch erkrankter Frauen und Mädchen e.V.	Langfristige Unterstützung der Vereine und Verbände, die Menschen mit Behinderung/chronischer Erkrankung vertreten, durch die Stadt Heidelberg Breite und nachhaltige Akzeptanz des Behindertenbeirats durch die Heidelberger Politik sowie dauerhafte finanzielle Unterstützung seiner Arbeit	Das Amt für Chancengleichheit ist gerne bereit, dieses Anliegen zu unterstützen. Das Amt für Chancengleichheit ist gerne bereit, dieses Anliegen zu unterstützen
BiBez	Barrierefreiheit vor Denkmalschutz	Barrierefreiheit <u>und</u> Denkmalschutz. Die Interessen Barrierefreiheit und Denkmalschutz

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Teilhabechancen allgemein	Anmerkung der Stadtverwaltung
		müssen im Einzelfall sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.
BiBez	Sehbehindertengerechte Gestaltung (mit Kontrasten) von stadtweiten Ankündigungen, Informationsbroschüren, Flyern und Veranstaltungen	Das Amt für Öffentlichkeitsarbeit wird sich gemeinsam mit der Stadtmarketing GmbH dafür stark machen, die städtischen Publikationen und Leitsysteme zukünftig sehbehindertengerechter zu gestalten. Auch bei der anstehenden Neukonzeption des Stadtblattes soll dieser Zielsetzung Rechnung getragen werden
BiBez	Regelmäßige Überprüfung der Ampelanlagen, die für Blinde geschaltet sind	Die Signalisierungseinrichtungen werden regelmäßig während der Wartungsarbeiten geprüft. Dies geschieht mindestens einmal jährlich. Darüber hinaus gibt es laufend Stichproben im Rahmen der Außendiensttätigkeiten vom Amt für Verkehrsmanagement und Tiefbauamt.
BiBez	Verpflichtung des RNV, grundsätzlich für einen barrierefreien öffentlichen Nahverkehr zu sorgen, zum Beispiel „freiwillig“ kontinuierlich die Hebebühnen an Bussen zu warten (so kommt es zu wesentlich weniger Ausfällen der Beförderung rollstuhlfahrender Menschen)	Diese Verpflichtung besteht bereits durch die Qualitätsvereinbarungen mit der RNV. Durch das mittlerweile hohe Alter der meisten Busse, steigt derzeit die Anfälligkeit der Hubtechnik. Ab Herbst 08 werden regelmäßig Neufahrzeuge ausgeliefert und alte ausgemustert, so dass eine kontinuierliche Verbesserung eintreten wird.
BiBez- Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter / chronisch erkrankter Frauen und Mädchen e.V.	Bescheide der Verwaltung werden zukünftig auch in einfacher Sprache und in Brailleschrift ausgegeben	Ziel der Verwaltung ist es, bürgerfreundliche, leicht lesbare Bescheide auszugeben. Die Stadtverwaltung hatte deshalb zur Umsetzung eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche die als Textbausteine vorhandenen Bescheide überarbeitet hat. Für die MitarbeiterInnen wird außerdem im Fortbildungsangebot eine Schulung „Bürgernahe Verwaltungssprache“ angeboten.

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Teilhabechancen allgemein	Anmerkung der Stadtverwaltung
		<p>Die Darstellung der von Blinden und stark sehbehinderten Menschen benutzten Brailleschrift ist auf in der Regel automatisiert erstellten Bescheiden derzeit nicht möglich. Da die Schrift mit Punktmustern arbeitet, die von hinten in das Papier gepresst sind, um sie als Erhöhung mit den Fingerspitzen abzugreifen, wären zur Erstellung eines Bescheides kostenintensive Spezialdrucker notwendig. Hinzu kommt auch, dass bei der Bescheiderstellung die Behinderung nicht bekannt ist.</p> <p>Auf Wunsch kann der Bescheid vorgelesen und/oder via E-Mail zugesandt werden</p>
BiBez	Barrierefreie Gestaltung der Heidelberger Websites, die von öffentlichem Interesse sind	<p>Die Stadt Heidelberg hat bereits seit einigen Jahren ihre gesamte Website nach den Vorgaben der BITV (Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung) weitestgehend barrierefrei gestaltet und mit diesem Vorgehen innerhalb Baden-Württembergs Zeichen gesetzt. Die Konzeption und Umsetzung des Projektes erfolgte in enger Kooperation mit der Heidelberger Organisation WebforAll. Für die Fortschreibung der Barrierefreiheit (z.B. barrierefreie PDFs) arbeitet die Stadt nach wie vor eng mit WebforAll zusammen.</p>
BiBez	Förderung aufsuchender Hilfen für Menschen, die noch nicht selbstbestimmt leben (können)	<p>Es gibt bereits aufsuchende Angebote. Betreutes Wohnen für behinderte Menschen, das Projekt HILDA für ältere psychisch erkrankte Menschen, Betreutes Wohnen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten</p>
BiBez	Unterstützung beim behindertengerechten (im umfassenden Sinne: barrierefreien) Umbau vorhandener Jugendräume	Räume der offenen Jugendarbeit sollen in der Regel behindertengerecht und damit bar-

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Teilhabechancen allgemein	Anmerkung der Stadtverwaltung
		rierefrei erreichbar sein. Diese Zielsetzung wird für die Fälle, in denen Umbaumaßnahmen vorgesehen sind, verfolgt.
BiBez	Besondere Unterstützung öffentlicher, sportlicher, kultureller und politischer Veranstaltungen, die bei ihrer Durchführung die verschiedenen Behinderungsarten/ chronische Erkrankungen mitdenken (wie zum Beispiel durch Dolmetscher, Zugänglichkeit, Kontraste, Toiletten...)	Es ist die Aufgabe aller Veranstaltenden diese Aspekte zu berücksichtigen und auch in die finanzielle Kalkulation ihrer Veranstaltungen zu integrieren. Das Amt für Chancengleichheit kann sich vorstellen, in Kooperation mit den entsprechenden Initiativen eine Checkliste zur Berücksichtigung der Belange bei Veranstaltungen zu Stärkung der gleichberechtigten Teilhabe herauszugeben.
BiBez	Bessere Bekanntmachung des Rechtsanspruchs auf das persönliche Budget für Menschen mit Behinderung/chronischer Erkrankung.	Das Sozialamt hat zu diesem Thema beim SKM (Sozialdienst Katholischer Männer) und im Entwicklungsforums des Gemeindepsychiatrischen Zentrums (GPZ) referiert; daneben werden Betroffene in Einzelfällen unmittelbar seitens des Amtes angesprochen.
BiBez	Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Städtischen Mitarbeiter/innen für die unterschiedlichsten Arten der Einschränkungen, die unterschiedliche Achtsamkeiten erfordern („Was für Menschen mit Behinderung gut ist, hilft oft allen Menschen“).	Das Amt für Chancengleichheit ist gerne bereit, dieses Anliegen zu unterstützen.
Evangelische Kirche und Diakonisches Werk Heidelberg	Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung zur Betreuung von Menschen mit Hilfebedarf durch weitere Projekte ähnlich den „Behördenpaten“ u. dem „Integrationsbegleiter“. So wird nicht nur den Hilfebedürftigen geholfen, sondern auch der Kontakt zwischen den sozialen Schichten gefördert. Dies fördert eine solidarische Gesellschaft.	Es gibt bereits entsprechende Projekte z.B. „Pate mit Zeit – Paten auf Zeit“ des Amtes für Soziales und Senioren. Eine Koordinierung mit dem Projekt „Behördenpaten“ der Diakonie wäre sinnvoll. Neben diesen organisierten Projekten gibt es zahlreiche andere Aktivitäten wie z. B. Sozialpraktika von SchülerInnen in sozialen Einrichtungen, intergenerationellen Projekte und

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Teilhabechancen allgemein	Anmerkung der Stadtverwaltung
		<p>muttersprachliche Treffpunkte für ältere Frauen in den Seniorenzentren.</p> <p>In den Angeboten der Freien Wohlfahrtspflege (einschließlich der Seniorenzentren), die vom Amt für Soziales und Senioren mit jährlich insgesamt rund 2,7 Mio. Euro gefördert werden, sind sehr viele Elemente enthalten, die Ehrenamtliche einbinden und genau den gewünschten Kontakt erzielen. Zur Verstärkung des ehrenamtlichen Engagements wäre auch eine gemeinsame Offensive der Stadt und der Wohlfahrtspflege zur Intensivierung der Bereitschaft mitzuwirken denkbar (z.B. Offensive der Stadt Köln http://www.stadt-koeln.de/stadtinitiativ/ehrenamt/index.html)</p>
Evangelische Kapellengemeinde	Senkung der Fahrkartenpreise für öffentliche Verkehrsmittel für Menschen, die mit wenig Geld leben müssen	Menschen mit geringem Einkommen haben die Möglichkeit, den Heidelberg-Pass zu beantragen und damit die öffentlichen Verkehrsmittel günstiger zu nutzen. Es ist zu prüfen, ob innerhalb der Metropolregion/des RNV ein einheitliches verbilligtes Metropolticket eingeführt werden kann
Evangelische Kapellengemeinde	Aufmerksamkeit und Wertschätzung in der Nachbarschaft Menschen gegenüber, die arm sind oder eine psychische Krankheit haben	Bei diesem Punkt wird ein gesellschaftspolitisches Projekt angesprochen. Hier Veränderungen einzuleiten ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen und Ebenen und kann nicht allein von der Stadt umgesetzt werden. In der Einzelfallarbeit nimmt die Integration von Menschen mit einem Handicap einen hohen Stellenwert ein. Es gibt bereits viele gute Beispiele für eine gelungene Integration von psychisch Kranken in einem privaten Umfeld. Beispiel: Wohngemeinschaften der Heidelberger Werkgemeinschaft.

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Teilhabechancen allgemein	Anmerkung der Stadtverwaltung
		Die Kirchengemeinden sind in diesen Bereichen eigenverantwortlich tätig. Es wäre sinnvoll, die Aktivitäten stärker zu vernetzen.
Heidelberger Selbsthilfebüro	Unterstützung der Fahrtkosten und der Raumkostenumlage für bedürftige Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Selbsthilfegruppen über einen „Förderfonds“	Es gibt einen Kooperationsvertrag zwischen dem Sozialamt und dem Selbsthilfebüro, wonach das Selbsthilfebüro von der Stadt unterstützt wird. Einen „Förderfonds“ zusätzlich zu finanzieren ist nicht vorgesehen. Gegebenenfalls könnten die Betroffenen den Heidelberg-Pass in Anspruch nehmen.
Heidelberger Selbsthilfebüro	Einbindung einer Persönlichkeit aus dem Kreis der Menschen mit Behinderung bei der weiteren Berichtsarbeit, um den Betroffenenblickwinkel einzubringen. Hier bietet auch die Regionale Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen ihre Kooperation an.	Im Arbeitskreis ist ein Mitglied aus dem Personenkreis vertreten. (BiBez)
Internationales Frauenzentrum Heidelberg e.V.	Zugang von Migrantinnen und Migranten zu wichtigen Informationen verbessern. Konkret: Info-Blätter in die wichtigsten Minderheiten-Sprachen übersetzen. Wenn es um die Klärung wichtiger Anliegen geht: Dolmetscher hinzuziehen	Im Rahmen der Erstellung des Kommunalen Integrationsplans wird das Bürgeramt künftig die Öffentlichkeitsarbeit für bestehende und neu zu entwickelnde Projekte, Netzwerke, Anlaufstellen usw. verbessern. Zusammen mit den hierfür ins Leben gerufenen Arbeitsgruppen werden die Informationen und Wegweiser überarbeitet, in verschiedene Sprachen übersetzt und den ratsuchenden Menschen mit Migrationshintergrund durch das Sachgebiet Migration und Bürgerschaftliches Engagement und/oder durch „ehrenamtliche Begleiter“ persönlich näher gebracht.
Internationales Frauenzentrum Heidelberg e.V.	Vorantreiben der interkulturellen Öffnung der Verwaltungen durch Integration qualifizierter Fachkräfte mit Migrationshintergrund	Die Verwaltung beschäftigt zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund. Die gesetzlichen Grundlagen verbieten es bereits bisher, dass Bewerberinnen oder Bewerber auf Grund ihrer Herkunft benachteiligt werden.

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Teilhabechancen allgemein	Anmerkung der Stadtverwaltung
		Auch das Bürgeramt ist durch die Mitwirkung im Arbeitskreis Interkulturelle Öffnung der Verwaltung Baden-Württemberg an der ständigen Entwicklung dieses Themas inhaltlich beteiligt.
Internationales Frauenzentrum Heidelberg e.V.	Ausbau der Förderung lokaler Vereine und Selbsthilfeeinrichtungen, die Migrantinnen und Migranten sowie ihre Familien in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen unterstützen	Seitens des Amtes für Soziales und Senioren wird der Asyl-Arbeitskreis jährlich mit 15.340 Euro und die Jüdische Kultusgemeinde mit 14.540 Euro unterstützt.
Seelsorgeeinheit Philipp Neri, Pfarrer Heimpel	Ein menschlicherer Umgang der Behörden mit Menschen in Not	Anlässlich einer Kundenbefragung im Frühjahr 2007 erklärten 90,1 % der Befragten, dass sie mit der Freundlichkeit der Mitarbeiterinnen im Amt für Soziales und Senioren zufrieden oder sehr zufrieden seien. Bei der Hilfsbereitschaft betrug der Anteil immerhin noch 78,3 %. Der Anteil der Unzufriedenen lag bei 2 bzw. 1 %.
Seelsorgeeinheit Philipp Neri, Pfarrer Heimpel	Unterstützung/Ermöglichung der sozialen Teilhabe: zum Beispiel durch Freifahrten im Bus oder durch Freikarten für das Kino	Für außergewöhnlich gehbehinderte Menschen ohne KfZ gibt es – bei Vorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen - zur Sicherung der Teilhabe die Möglichkeit bis zu 16 Einzelfahrten im Monat innerhalb des Stadtgebiets zu beantragen.
Heidelberger Caritas-Resolution 2004	Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie die Verantwortlichen in Kirche und Kommune sollen dafür Sorge tragen, dass soziale Ausgrenzungen abgebaut werden und sozial Benachteiligte in allen Stadtteilen und Kirchengemeinden Heimat finden können.	Die Stadtverwaltung setzt sich intensiv über die gesetzlichen Anforderungen hinaus für die Belange von Ausgrenzung Gefährdeter ein.
Heidelberger Caritas-Resolution 2004	Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie die Verantwortlichen in der Kommune, Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die sich hier schwer tun, sollen durch unser soziales Netz und insbesondere durch Freiwilligen-Initiativen aufgefangen werden. Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie die Verantwortlichen in	Soweit der Aufenthaltsstatus es zulässt, werden Menschen aus Nicht-EU-Staaten hinsichtlich der Sozialleistungen mit Einheimischen gleichbehandelt. Ein Ehrenamtlichenprojekt des Asyl-Arbeitskreis wird jährlich mit 15.340 Euro gefördert.

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Teilhabechancen allgemein	Anmerkung der Stadtverwaltung
	der Kommune sollen Ideen, Initiativen und Maßnahmen für eine aktive Integration von sozial Benachteiligten entwickeln.	Daneben gibt es versch. Bemühungen ältere Migrant/inn/en in die bestehenden Angebote der Altenarbeit zu integrieren bzw. ihren Gruppen in den Seniorenzentren Raum zu geben.
Liga der Freien Wohlfahrtspflege Heidelberg	Entwicklung von Konzepten, die die Teilhabe der älteren Generation, die immer geringere finanzielle Mittel zur Verfügung hat, am sozialen Leben gewährleistet.	Die Ergebnisse der Evaluation der Arbeit der Seniorenzentren sollte abgewartet werden..
SPD-Antrag im SoA am 9.10.2007	Die Stadtverwaltung soll prüfen, ob nach den Erhebungen zum Bericht zur Sozialen Lage die Initiierung eines Projekts Sozialpatenschaften nach Augsburger Vorbild sinnvoll und notwendig ist. (siehe: http://www.augsburg.de/Seiten/augsburg_d/soziales/buendnis/buendnis_u/index.shtml)	Es gibt bereits vergleichbare Projekte in Heidelberg z.. B. Behördenpaten, „Pate mit Zeit - Pate auf Zeit“, die Freiwilligenbörse u.a.). Das Augsburger Modell konzentriert sich auf Schuldnerberatung – der Ansatz der beiden erstgenannten Projekte ist weitergehend. Eventuell wäre eine Zusammenführung sinnvoll.
SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste in Heidelberg	Gestiegene Kosten in allen Lebensbereichen lassen die Situation der ALG II-Empfänger immer schwieriger werden. Es ist also durchaus vorstellbar, dass durch neue, flächendeckende Einkaufsmöglichkeiten wie Tafelläden eine Verbesserung der Lebenssituation erreicht werden kann. Sozialtarife bei Energieversorgern, günstige Handwerker und Dienstleister, Öffnung von kulturellen Einrichtungen, kostenlose Tageszeitungen u.ä. könnten solche Formen der Hilfe ergänzen. Auf dem Energiesektor wird mit dem Entschuldungsfonds der Versorger bereits ein neuer Weg gegangen.	Die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Regelsätze muss gesetzlich geregelt werden. Die Kommunen können dies nicht auffangen – ansonsten führt dies zu unterschiedlichen Leistungen an Transferleistungsempfänger im Lande.

Handlungsfeld – Verbesserung der Datenlage

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Datenlage	Anmerkung der Stadtverwaltung
Ausländerrat / Migrationsrat	Anforderungen an eine Verbesserung der Datenlage zu: <ul style="list-style-type: none"> • Migranten- und Ausländeranteil auf Stadtteilebene bei den Arbeitslosengeld I Empfängern • Migrantenanteil an den Arbeitslosen 	Bislang unterscheiden die Daten der Bundesagentur nur Ausländer und Deutsche, eine Auswertung auf Stadtteilebene ist erst seit kurzem möglich und kann erst im nächsten Bericht erfolgen. Auf die Ausgestaltung der Merkmale der bundesweiten Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat Heidelberg keinen Einfluss.
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Migranten an den Heidelberg Pass - Bezieher/innen 	Die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug des Heidelberg-Passes sind vom Gemeinderat beschrieben worden. Ein Kriterium "Migrationshintergrund" gibt es für die Erteilung nicht und darf deshalb auch nicht erhoben oder festgestellt werden.
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Migrantenanteil an den Kindern, deren Betreuungskosten übernommen werden auf dem Boxberg • In Anspruch genommene Betreuungszeiten in den Kindergärten von Eltern mit Migrationshintergrund • Durchschnittliches Alter der Kinder mit Migrationshintergrund beim Eintritt in den Kindergarten 	Diese Daten werden vom Kinder- und Jugendamt nicht erhoben
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Differenzierung der Übertrittsquoten nach Deutschen, Ausländern bzw. Jugendlichen mit Migrationshintergrund. • Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, <ul style="list-style-type: none"> - , die direkt vom Kindergarten in die Sonderschule wechseln - , die aus der Grundschule in eine Sonderschule wechseln - , die eine Vorschule besuchen • Durchschnittsalter der Kinder mit Migrationshintergrund bei der Einschulung 	Derzeit wird vom Kultusministerium Baden-Württemberg unter Beteiligung des Städtetages eine neue Verordnung über die Schulstatistik erarbeitet, die explizit auch den Migrationshintergrund erfragt. Wenn dieses Verfahren installiert ist, wird es möglich sein, diese Differenzierungen vorzunehmen, die bislang unmöglich waren.

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Datenlage	Anmerkung der Stadtverwaltung
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Gesonderte und differenzierte Erfassung des Verbleibs ausländischer Haupt- und Berufsfachschüler 	Dies kann nur auf dem Weg einer gesonderten Studie erfolgen, die über mehrere Jahre angelegt sein müsste, um zu aussagekräftigen Ergebnissen zu gelangen.
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Bedeutung der Nationalität für den Schulerfolg • Ursachen für die fehlenden Schulabschlüsse bei den ausländischen Schüler/innen • Ursachen für den fehlenden Zugang zu einer Berufsausbildung von ausländischen Jugendlichen 	Voraussetzung für eine derartige Untersuchung in Heidelberg ist eine verbesserte Datenlage. Aus bundesweiten Studien sind verschiedene Ursachenkomplexe bekannt.
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Erwerbs- und Bildungsstatus ausländischer Eltern 	Dies kann nur über eine gesonderte Erhebung ermittelt werden. (siehe unten)
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Vergleich des Bildungsverhaltens von deutschen und ausländischen Kindern gleicher sozialer Schichtzugehörigkeit 	Diese komplexe Fragestellung wurde auf Bundesebene in mehreren Studien untersucht. Auf Heidelberg bezogen würde eine solche Untersuchung keine neuen Erkenntnisse bringen.
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitliche Situation von Kindern mit Migrationshintergrund 	Das Gesundheitsamt erhebt bei der Schuleingangsuntersuchung eine Reihe von Gesundheitsmerkmalen und unterscheidet nach Türken, Italienern, Jugoslawen, Griechen und sonstigen. Räumlich wird nicht nach Heidelberg und dem Rhein-Neckar Kreis unterschieden. Hier ist von Seiten der Stadtverwaltung auf eine differenziertere Darstellung der Migrantenkinder und eine Unterscheidung nach Kreis- und Stadtorten hinzuwirken.
Ausländerrat / Migrationsrat	<ul style="list-style-type: none"> • Im Kindeswohl gefährdete Migrantenkinder nach sozialem Status 	Die Erfassung der Kindeswohlgefährdungen bei Migrantenfamilien erfolgt bislang nicht und wird als kritisch erachtet. Es handelt sich hier um einen hoch sensiblen Bereich mit entsprechender negativer Zuschreibung/ Diskriminierung, so dass das Kinder- und Ju-

Übersicht der Maßnahmenvorschläge aus den Situationsbeschreibungen der Institutionen

Stand: 05.05.2008

Institutionen	Maßnahmen Verbesserung Datenlage	Anmerkung der Stadtverwaltung
	<ul style="list-style-type: none"> • Lebenssituation und Aufenthaltsstatus von Migrantinnen, die häusliche Gewalt erleben 	<p>gendant von einer Erfassung absehen möchte. Für eine statistisch differenzierte Auswertung ist die Zahl der Fälle insgesamt zu klein. Außerdem könnten aus einzelnen Fallzahlen möglicherweise Rückschlüsse auf bestimmte Familien gezogen werden, was datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Die Polizeidirektion teilt zum zweiten Punkt mit, dass auch sie nicht beabsichtigt, diese Daten generell zu erheben. Denkbar wäre es allerdings auf Beschluss des Ausländerrates/Migrationsrates und bei präziser Definition des Merkmals das Thema über den Runden Tisch HIM Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen) einzubringen und in die Quartalsstatistik aufzunehmen.</p>
Evangelische Kirche und Diakonisches Werk Heidelberg	<ol style="list-style-type: none"> 1. Nächster Bericht: Befragung zur Verteilung von Reichtum in der Stadt → Erstellung einer sozialen Landkarte 2. Daran anschließend: fundierte sozioethische (Gerechtigkeits-) Debatten <p>Ziel Klärung der Frage: Wie muss sich die Stadt sozial aufstellen, um ein „solidarisches Gemeinwesen“ zu garantieren?</p>	<p>Eine solche Untersuchung erfordert eine kleinräumige Aufbereitung der Steuerstatistik. Diese liegt bislang erst in Nordrhein-Westfalen vor, für Baden-Württemberg bereitet die Stadt Stuttgart gemeinsam mit der Finanzverwaltung eine Pilotstudie vor.</p>
SPD-Antrag im SoA am 9.10.07	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, eine Erhebung/Studie über die Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg in Auftrag zu geben.</p>	<p>Gegenwärtig wird die Auftragsvergabe vom Bürgeramt mit Unterstützung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik vorbereitet, eine entsprechende Vorlage für den Gemeinderat und Ausländer- und Migrationsrat ist in Vorbereitung.</p>